

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Verörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.
Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (S. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/23 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eiche; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Maschinenbruch, Eindrungen im Bereich der Druckerei oder unser Verleger hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Pfg. freibl., auschl. Träger. Einzelne Nr. 10 Reichspfg., Sonntags-Nr. 20 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-Mart, außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Mart, 3gesp. Retamezeile 0,45 R.-Mart, Sinweise auf Anzeigen und eingedachte 0,10 R.-Mart, Nachweise- und Offertengebühr 0,20 R.-Mart, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gründet 1878. Hensprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postfachamt Amt Penzig Nr. 4936. Bankkonto: Vereinstank in Callberg. Filiale Waldenburg. Stadtkonten Waldenburg 16. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Unterbrechung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfällig.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

Nr. 61

Sonnabend, den 13. März 1926

48. Jahrgang.

Berschärfung der Lage in Genf.

Beim Reichspräsidenten fand am Mittwoch ein Viererabend statt.
Der Wingeranschuß des Reichstages fordert die Aufhebung der Weinkener.
Die Deutschnationalen haben gegen Dr. Kitz einen Mißtrauensantrag im Reichstag eingebracht.
In Wien wurde gestern Donnerstag ein großdeutscher Tag abgehalten.
Im tschechischen Senat kam es gestern zu Sturmszenen.
Briand nahm nach seiner Rückkehr nach Genf die Besprechungen mit Chamberlain wieder auf.
Durch das Veto Brasiliens gegen den deutschen Ratifizierung in Genf eine weitere Verschärfung eingetreten.
Die rumänische Regierung droht mit Auflösung des Parlaments.
Newyork will 1932 eine Weltausstellung veranstalten.

Waldenburg, 12. März 1926.

Chamberlain und Briand geht es wie dem Zauberlehrling: Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los! Sie haben nicht bedacht, was sie taten, als sie Polen einen Ratifizierung versprochen. Hemmungslös ist nun eine ganze Flut neuer Ansprüche herein gebrochen, und niemand weiß das Zauberwort, um dieser Flut Einhalt zu gebieten. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sollte ein besonders wehewoller Akt werden, und statt dessen ist ein mißwünschendes Kongert daraus geworden, aus dem man immer wieder als Leitmotiv die alte Gassenhauer Melodie herausklingen hört: Ist denn kein Stuhl da für meine Hulda? Mit einem Stuhl ist es gar nicht mehr getan, man wird schon eine Bank aufstellen müssen, wenn alle, denen Frankreich seine Hulda zugewandt hat, im Völkerbundsrat Platz finden sollen.

Vorläufig scheint man aber die ganze Stuhlfrage auf die lange Bank schieben zu wollen. Man muß dies schon tun, weil alle Versuche, diesem oder jenem Staat eine Sitzgelegenheit im Völkerbundsrat zu verschaffen, an dem Widerspruch Schwedens scheitern müßten. Die Stellung der deutschen Delegation wird durch diese erfreuliche Festigkeit Schwedens bedeutend gestärkt. Tatsächlich handelt es sich jetzt gar nicht mehr darum, Deutschlands Zustimmung dazu zu erlangen, daß jetzt gleichzeitig mit ihm auch andere Länder einen Ratifizierung erhalten, sondern man fordert von ihm nur noch Besprechungen für die Zukunft. Auch solche kann aber Deutschland nicht abgeben, darüber haben die deutschen Delegierten nicht den leisesten Zweifel gelassen, und so ist man auch in dieser Frage bisher nicht weiter gekommen.

Briand ist am Donnerstag nach Genf zurückgekehrt, nachdem er in Paris in aller Eile sein Kabinett wieder zusammengeleimt hat. Eine besonders günstige Aufnahme hat dieses Kabinett in der Pariser Presse nicht gefunden, wenn man sich auch aus außenpolitischen Gründen vorläufig damit abfindet. Von den beiden neuen Ministern ist besonders der mehr links stehende Innenminister Malby schon jetzt heftigen Angriffen ausgesetzt. Die Opposition gegen den Finanzminister Peret wird sich später von selbst einstellen, sobald erst wieder über die umstrittenen Finanzfragen verhandelt werden wird.

Briand soll nun in Genf das Gleichgewicht gegenüber den deutschen „Beeinflussungsversuchen“ wiederherstellen, wie sich Pariser Blätter aus Genf berichten lassen. In Wahrheit liegen die Dinge natürlich gerade umgekehrt. Nicht Deutschland sucht zu beeinflussen — dazu hat es gar keinen Anlaß —, sondern die andern wollen Deutschland beeinflussen, daß es sich schon jetzt festlegt. Mit besonderer Hartnäckigkeit verfolgt noch immer Spanien seinen Anspruch auf einen ständigen Ratifizierung, den es damit zu begründen sucht, daß es auch eine Großmacht sei. „Stolz lieb' ich den Spanier“, möchte man dazu sagen. Aber werden dann nicht die Rüstungen, mit denen die beiden Großmächte, Frankreich und Spanien, bisher noch nicht fertig werden konnten, Anspruch darauf erheben, auch als Großmacht angesehen zu werden?

Man muß übrigens anerkennen, daß das Verhalten Spaniens, trotz seines energisch verfolgten Anspruchs durchaus lobal ist. Daacaen kommen von

anderer Seite Quertreibereien: von Brasilien und Uruguay. Wenn Schweden gegen jede Erweiterung des Völkerbundsrats über den deutschen Sitz hinaus stimmen will, so wollen diese beiden Staaten, die zur Zeit nichtständige Sitze einnehmen, auch gegen den deutschen Sitz stimmen. Damit hat der Wirrwarr seinen Höhepunkt erreicht. Man fühlt sich zurückversetzt in die schönen Zeiten des alten polnischen Reichstages, in dem jede positive Arbeit durch den Einspruch dieses oder jenes Schlägizens zum Erliegen kam. Aus dem Streit um die Ratifizierung ist eine Verfassungsfrage des Völkerbundes geworden.

Deutschlands Aufnahme in Genf.

Vom Ausschuss einstimmig empfohlen.

Donnerstag vormittag um 10 Uhr trat in Genf der Hauptausschuß für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu einer Sitzung zusammen. Es lag ihm der Bericht des Unterausschusses vor, der besagt, daß alle Vorbedingungen für die Aufnahme Deutschlands bereits erfüllt sind, und daß er stillschweigend über die sonst erforderliche Ladung eines deutschen Vertreters hinweggeht.

Der Hauptausschuß hat nach einer kurzen Sitzung den Bericht des Unterausschusses vollständig genehmigt und einstimmig der Vollversammlung des Völkerbundes empfohlen, die Aufnahme Deutschlands zu vollziehen.

Der Ausschuss hat seinen Vorsitzenden Außenminister Chamberlain zum Berichterstatter vor der Völkerbundversammlung berufen.

Die Veto-Drohungen.

Schwedisch-brasilianischer Zusammenstoß. Ueber die Besprechungen, die am Mittwoch bei Chamberlain stattfanden, gibt der Sonderberichterstatter des „Zeit Parisien“ einen sehr dramatischen Bericht. Der Konflikt sei weit über die deutschen Forderungen hinausgewachsen.

Der schwedische Delegierte Anden habe mit der Faust auf den Tisch geschlagen und erklärt, Schweden werde gegen jede Erweiterung des Rates über Deutschland hinaus sein Veto einlegen. Diese Entscheidung sei endgültig und unerschütterlich.

Der brasilianische Delegierte Mello Franco habe daraufhin erklärt, daß Brasilien nicht nur aus dem Völkerbund austreten, sondern auch sein Veto gegen die Aufnahme Deutschlands einlegen werde.

Brasilien sagte Franco, sei bereit, seinen Sitz im gegebenen Augenblick an die Vereinigten Staaten abzutreten. Aber es verlange, daß es zur gleichen Zeit wie Deutschland einen ständigen Sitz erhalte, der ihm zweimal versprochen worden sei, und der ihm gestatte, die Stimmen der Völker jenseits des Atlantischen Ozeans zu Gehör zu bringen.

Ein zweites Veto gegen Deutschland soll dann noch von Uruguay angekündigt worden sein, doch sollen sich die beiden Delegierten dieses Staates in dieser Frage nicht einig sein, so daß sie erst bei ihrer Regierung telegraphisch um neue Weisungen ersucht haben.

Die nächsten Vollkungen.

Am Donnerstag fand in Genf zwar wieder eine Sitzung der Vollversammlung statt, sie beschäftigte sich jedoch nicht mit dem deutschen Aufnahmegesuch, sondern mit der Finanzlage Ungarns und Oesterreichs und der Traktfrage. Die nächste Sitzung der Vollversammlung findet am Sonnabend statt. Auf der Tagesordnung stehen nur administrative Fragen. Dann soll am Montag wieder eine Sitzung stattfinden, für die die Tagesordnung noch nicht feststeht.

Der Rat hielt am Donnerstag eine kurze öffentliche Sitzung ab, der sich eine vertrauliche Besprechung der Ratsmitglieder bei Sir Eric Drummond angeschlossen. Zu einem Ergebnis scheint man auch in diesen neuer Beratungen nicht gekommen zu sein. Wie es heißt hat Spanien sogar Schweden gegenüber die Drohung ausgesprochen, den schwedisch-spanischen Handelsvertrag zu kündigen.

Die Parteien und das Fürstentompromiß.

Bayerische Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung behalten sich die Entscheidung vor.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hatte sich am Mittwoch abend mit dem Fürstentompromiß beschäftigt. Die Sitzung wurde jedoch abgefragt. Die Fraktion behält sich ihre Stellungnahme bis zum Abschluß der Verhandlungen im Rechtsausschuß vor. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung hielt am Mittwoch abend nach Schluß des Plenums eine kurze Fraktionsitzung ab, in der sie dem Kompromiß zur Fürstenabfindung grundsätzlich zustimmte, jedoch ebenfalls ihre endgültige Stellungnahme von dem Verlauf der Verhandlungen im Rechtsausschuß abhängig macht.

Zustimmung des Demokratischen Parteiausschusses.

Der Demokratische Parteiausschuß faßte nach ausgedehnter Erörterung über die Frage der Fürstenabfindung eine Entschlieung, in der es u. a. heißt: „Die Volksbewegung, die durch die maßlosen Ansprüche der Fürsten entfesselt wurde und deren sich als erste die Demokraten angenommen haben, hat mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf zwar nicht alle Ziele erreicht, aber einer erträglichen Regelung die Wege geöffnet.“ Der Parteiausschuß stimmt dem Gesetzentwurf der Kompromißparteien zu. Für den Fall, daß die vorfassungs-mäßige Mehrheit des Reichstages für den jetzigen Gesetzentwurf infolge des Widerstandes der Rechten nicht erreicht werden sollte, behält sich der Parteiausschuß die Regelung der Frage durch den Volksentscheid vor.“

Handgranaten und Rantschu.

Sturmszenen im Prager Senat.

Das tschechische Parlament hat sich seit jeher durch einen besonders anmutigen Umgangston ausgezeichnet. Daß man sich aber auf diesem Gebiet noch immer weiterzubilden sucht, das haben die Vorgänge gezeigt, die sich am Mittwoch im tschechischen Senat abspielten. Während der Ministerpräsident ständig an die Würde des Hauses appellierte, verlegte ein Mitglied der Regierung selbst diese Würde auf das schwerste.

Im Verlaufe der Beantwortung der tschechisch-national-sozialistischen und kommunistischen Interpellationen über die Handgranatenexplosion in der Tischlergasse erklärte der Verteidigungsminister auf einen Zwischenruf, ob die Handgranaten etwa für die Kommunisten bestimmt waren, nein, für sie genüge der Rantschu.

Das Haus war im ersten Augenblick völlig verblüfft. Dann aber brach der allgemeine Tumult los. Der Minister wurde von der gesamten Opposition umringt. Man hörte andauernd Rufe und schwere Beschimpfungen.

Vergebens versuchte der Minister, seinen Ausführungen eine andere Auslegung zu geben. Der Hauspräsident selbst bezeichnete die Aeußerungen des Ministers als unangebracht, versuchte ihn jedoch nicht zu decken. Endlich kam der deutsche Sozialdemokrat Zoll zu Wort, der das Verhalten des Ministers mit aller Schärfe zurückwies. Auch der deutschnationale Senator Friedrich wies die Ausfälle des Ministers auf das schärfste zurück. Er bedauerte, daß in den zum Teil sehr umfangreichen Ausführungen des Ministers jedes Wort des Beileides für die Opfer der Katastrophe gefehlt habe. Der Redner selbst widmete den Opfern einen Nachruf, der von der Opposition stehend angehört wurde und erinnerte daran, daß nach einer Aeußerung des Ministers Bedchne das tschechische Riesenheer in erster Linie gegen die Deutschen, Ungarn und Kommunisten da sei.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Bischof Sigismund Feltz in Passau veröffentlicht eine